

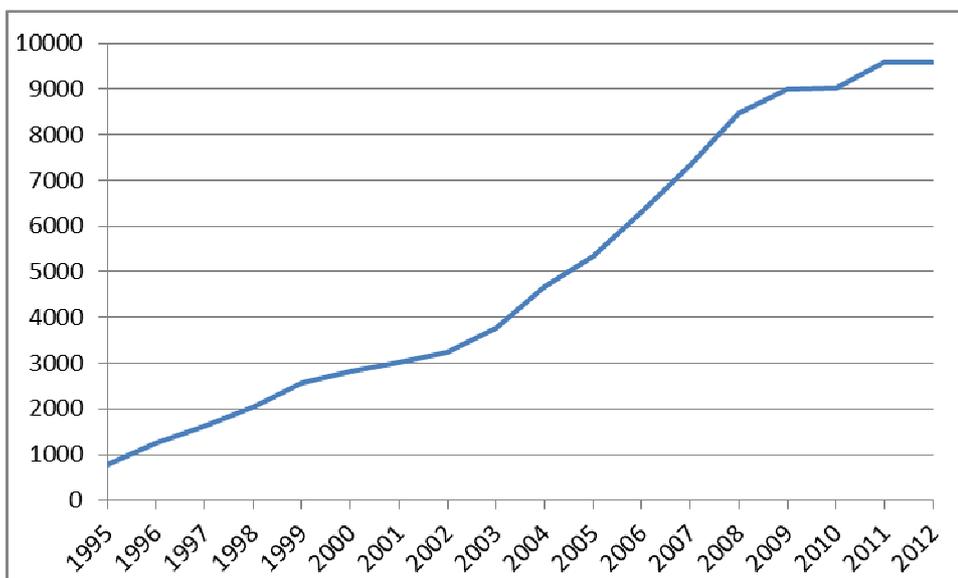
Privatpleiten: keine Zunahme

Insolvenzstatistik Private 2012

Wien, 03.01.2013

Zum zweiten Mal seit 18 Jahren stagnieren die Gesamtzahlen, und zwar mittlerweile auf dem Niveau von 9.523 Personen, die 2012 dieses Verfahren meist selbst in Gang gesetzt haben.

Es gab bereits einmal eine Phase der Stagnation, nämlich im Jahr 2010 (siehe Grafik), daher kann man noch nicht von einem Zenit der Entwicklung sprechen. Es gibt noch mindestens weitere 100.000 Menschen in Österreich, die dringend solcher Regulierung bedürften, aber augenscheinlich nicht über die nötige Beratung, das erforderliche Lebensumfeld oder regelmäßige Einkünfte verfügen.



© KSV1870

Bundesländer im Vergleich:

Von Beginn an haben die österreichischen Bundesländer dieses Entschuldungsinstrument unterschiedlich angenommen. Die Unterschiede liegen zweifellos an der Soziostruktur der Bundesländer, da Schulden und Zahlungsprobleme ein großstädtisches Phänomen darstellen. Aber auch die länderweise verschiedene Beraterinfrastruktur hat sich spürbar ausgewirkt: Länder, in denen rasch flächendeckende Beratung angeboten wurde (Oberösterreich, Wien), waren von Anfang an Spitzenreiter der Entwicklung. Andere haben dagegen heute noch Nachholbedarf, jedenfalls gemessen an der Zahl der vermutlich materiell zahlungsunfähigen Personen in der Bevölkerung.

Auch 2012 war die Entwicklung uneinheitlich: Zuwachs kam praktisch nur aus dem Osten Österreichs, wogegen die westlichen Bundesländer (Ausnahme: Vorarlberg) rückläufige Zahlen verzeichneten. Erst wenn alle Bundesländer einen Rückgang verzeichnen werden, kann nach Auffassung des KSV1870 von einem Zenit der Entwicklung gesprochen werden.

Gründe für die Zahlungsunfähigkeit:

Die Gründe für Verschuldung sind vielfältig: Konsumschulden, die teilweise unbedacht eingegangen wurden, nicht selten aber auch Wohnraumkredite. Bei einem Drittel aller Schuldner waren es Schulden aus einer früheren selbständigen Tätigkeit. Bei den ehemaligen Unternehmern ist demnach die Ursache der Insolvenz das Scheitern des Unternehmens, für dessen Schulden der Unternehmer persönlich haftet. Bei den echten Privaten, deren Verbindlichkeiten auch für Konsum im volkswirtschaftlichen Sinn eingegangen wurden, sind es zu etwa gleichen Teilen:

- Arbeitslosigkeit oder erheblicher Rückgang des Einkommens
- Krankheit
- Scheidung und andere Belastungen aus dem familiären Umfeld.

Der unbedachte Umgang mit Geld spielt eine eher untergeordnete Rolle. Dagegen sind die Fälle immer häufiger, wo Menschen sich **in ihrer Leistungsfähigkeit überschätzen**. Sie nehmen bis zum absoluten Rand ihrer Verschuldungsfähigkeit Kredite auf, ohne zu bedenken, dass das Einkommen fluktuieren kann, es nicht jedes Jahr automatische Gehaltserhöhungen gibt und zusätzliche Belastungen nicht ausgeschlossen werden können.

Der Reformprozess:

Seit 18 Jahren haben Schuldner in Österreich die Möglichkeit einer Schuldenregulierung, bei der sie ihren Gläubigern mindestens 5 Jahre lang zumindest das pfändbare Einkommen als Tilgung anbieten müssen. Ca. 90.500 Menschen haben seither davon Gebrauch gemacht, und in 80 % der Fälle war das Ergebnis eine sofortige Normalität bezüglich der Verwendung der pfändungsfreien Einkommensteile und die finanzielle Rehabilitation der Schuldner am Ende des Verfahrens.

Regelmäßig berichtet der KSV1870 über die Reformdiskussion im Justizministerium. Wir werden z. B. von unseren deutschen Freunden darum beneidet, dass in Österreich bei den Verfahren in mehr als 80 % der Fälle Geld für die Gläubiger herausspringt; in manchen Fällen (ca. 2,5 %) werden 100 % bezahlt – in vielen Fällen gerade einmal 10 %. Was wichtig ist: die Verfahrenskosten werden fast in allen Verfahren beglichen.

Dennoch gibt es Menschen, die sich diese 5 - 7 Jahre an finanzieller Disziplin und Leben am Existenzminimum nicht vorstellen können oder es aus anderen Gründen nicht schaffen. Vielfach kommen sie daher der vom Gesetz auferlegten Verpflichtung, ein Insolvenzverfahren selbst sofort zu beantragen, nicht nach, sondern „tauchen vor ihren Schulden ab“. Diese Schulden haben dann aber natürlich die Eigenschaft, sehr rasch anzuwachsen, was die Situation für die Betroffenen selbst verschärft. Sie geraten zunehmend an den Rand der Gesellschaft und bewegen sich letztlich immer weiter von ihrer Rehabilitation weg.

Dieser Personengruppe widmen sich die nun schon mehrere Jahre dauernden Gespräche im Justizministerium zwischen der Sozialpolitik und den Schuldnerberatungen einerseits und der kreditgebenden Wirtschaft und der Insolvenzpraxis andererseits. Denn die Formel, wie man die leistungsfähigen Schuldner, die ja derzeit diese Verfahren durchaus erfolgreich abschließen können, und die nicht Leistungsfähigen (oder –willigen) unter einen Hut bringt, ist noch nicht gefunden worden. Der von der Sozialpolitik immer wieder eingeforderte Weg, die Hürde der Entschuldung gänzlich abzuschaffen (Nullquote), wird von der Praxis schon deshalb nicht goutiert, da dadurch die Verfahren voraussichtlich so gut wie ohne Zahlungen der Schuldner ablaufen würden, und nur Kosten, aber keinen Vorteil verursachen würden, ganz nach dem Beispiel in Deutschland.

Die Kreditgeber weisen darauf hin, dass die derzeit von den Schuldner geleisteten Gelder ja sonst im Wege eines Aufschlages zu Lasten aller guten Zahler hereingebracht werden müssten. Finanzdienstleistungen in Österreich sind europaweit sehr attraktiv, was Qualität und Preis anlangt. Dies hat neben dem regen Wettbewerb zweifellos auch damit zu tun, dass Schuldner letztlich nur bei Geldleistungen entschuldete werden.

Hatte es noch im Frühjahr 2010 danach ausgesehen, dass eine rasche Einigung auf eine Reihe von kleineren Verbesserungen für die Schuldner möglich sein könnte, so ist eine Reform noch in dieser Legislaturperiode realistischer Weise nicht mehr zu erwarten.

Ausblick auf 2013:

In den letzten Jahren schien die Marke von 10.000 Verfahren immer wieder in greifbarer Nähe zu sein, doch entpuppt sich dieser Schwellenwert dann doch wieder als gläserne Decke. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich eintrübenden Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ist nicht mit einer deutlichen Zunahme im Jahr 2013 zu rechnen, sondern eher mit einer Zunahme der Verfahren von 3 - 4 %.

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter Insolvenz des KSV1870, fasst zusammen: „Auch wenn es den Anschein haben könnte, als würden manche Schuldner ein neues und für sie freundlicheres Entschuldungsrecht abwarten wollen, ist doch nach unserer Einschätzung die gegenwärtige Stagnation des Privatkonkurses in der Unsicherheit vieler Schuldner hinsichtlich ihrer Einkommenssituation in den nächsten Jahren begründet. Denn solche Verfahren erfordern Mut, und dieser braucht halt auch ein wirtschaftliches Unterfutter“.

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter KSV1870 Insolvenz

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin Unternehmenskommunikation

KSV1870 Holding AG, 1120 Wien, Wagenseilgasse 7

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at

Web: www.ksv.at; Twitter: <http://twitter.com/KSV1870>

Privatkonkurse 2012

	2012	2011	Veränderung	
Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren	9.523	9.596	-	0,8 %
Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten	1.229 Mio.	1.194 Mio.	+	2,9 %

Eröffnete Privatkonkurse & geschätzte Passiva nach Bundesländer 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011	Passiva 2012 in Mio. EUR	Passiva 2011 in Mio. EUR
Wien	3.945	3.868	408	397
Niederösterreich	1.069	1.046	172	176
Burgenland	165	154	47	30
Oberösterreich	1.204	1.270	152	153
Salzburg	404	427	66	55
Vorarlberg	597	597	72	73
Tirol	699	728	87	87
Steiermark	722	749	140	128
Kärnten	718	757	85	95
Gesamt	9.523	9.596	1.229	1.194

Nicht eröffnete Privatkonkurse 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011
Wien	174	222
Niederösterreich	170	182
Burgenland	25	36
Oberösterreich	183	252
Salzburg	48	61
Vorarlberg	86	87
Tirol	87	127
Steiermark	181	195
Kärnten	80	78
Gesamt	1.034	1.240

Wien, 03.01.2013

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank. Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Halbjahr, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Halbjahr sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab. Der Auswertung der KSV1870 Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Durch die Vergleichbarkeit der KSV1870 Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtwirtschaftlichen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverlaufes können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner, Leiterin Unternehmenskommunikation
 KSV1870 Holding AG, 1120 Wien, Wagenseilgasse 7
 Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at
 Web: www.ksv.at; Twitter: <http://twitter.com/KSV1870>